



Pressemitteilung

Für sofortige Veröffentlichung

Köln, 19.02.2024

Bürgerinitiative "Deutzer (Auto-)Freiheit": Umfrageergebnisse geben Rückenwind für Fußgängerzone, Vorschläge der Verwaltung zur Umsetzung sind unzureichend

Eine klare Zustimmung für die Einrichtung einer Fußgängerzone auf der Deutzer Freiheit bei Anwohner:innen und Besucher:innen zeigt die Auswertung der von der Verwaltung der Stadt Köln durchgeführten Befragung zum Verkehrsversuch. Die Bürgerinitiative "Deutzer (Auto-)Freiheit" freut sich über diese positive Resonanz, die ihr jahrelanges Engagement bestätigt. Die Initiative fordert die politischen Vertreter:innen in der Bezirksvertretung dazu auf, konkrete und zeitnahe Schritte für eine dauerhafte Umwidmung der Deutzer Freiheit in eine Fußgängerzone in die Wege zu leiten. Die Gewerbetreibenden sollen dabei durch gezielte Angebote unterstützt werden.

Die Fußgängerzone, das zeigen die Ergebnisse deutlich, hat die Aufenthalts- und Lebensqualität für über 70% der befragten Anwohner:innen sowie von Menschen, die in der Nähe arbeiten, bereichert. Auch über 90% der befragten Besucher:innen und regelmäßigen Besucher:innen zeigen eine Zustimmung zur Fußgängerzone. Damit erhöht eine Fußgängerzone die Attraktivität des Stadtviertels für vier der fünf befragten Nutzergruppen sehr deutlich. Gastronomie, Stadtmöbel und Begrünung sowie keine Bedrohung durch Autoverkehr wurden am häufigsten als Vorteile der Autofreiheit genannt.

Als einzige Gruppe mehrheitlich gegen die Autofreiheit sind die Gewerbetreibenden, deren Ansprüche an die Nutzung der Straße sich mehrheitlich von denen der anderen Nutzergruppen unterscheiden. Doch auch innerhalb der Gruppe der Gewerbetreibenden gibt es keine einheitliche Meinung zum Verkehrsversuch: "Mit 37% zeigen über ein Drittel der Gewerbetreibenden Unterstützung für eine autofreie Deutzer Freiheit." Bemerkenswert ist auch, dass lediglich 38% der Gewerbetreibenden von Umsatzrückgängen berichten - wurde der Verkehrsversuch doch in einer gesamtwirtschaftlich angespannten Zeit durchgeführt. Für 15% der Gewerbetreibenden nahm die Zahl der Kund:innen während des Verkehrsversuchs sogar zu. Im Vergleich dazu hatten bei einer Befragung der IHK Köln nach etwa der Hälfte des Verkehrsversuchs noch 70% der Gewerbetreibenden auf oder an der Deutzer Freiheit einen Rückgang des Umsatzes, aber lediglich 5% eine angestiegene Kundenfrequenz verzeichnet. Im Laufe der zweiten Hälfte des Verkehrsversuchs scheint sich die Lage des Gewerbes auf der Deutzer Freiheit also bereits deutlich verbessert zu haben. Die hohen Zustimmungswerte von Besucher:innen zur autofreien Deutzer Freiheit verdeutlichen das Potential, mit der Einrichtung einer Fußgängerzone in Zukunft noch mehr neue Kundschaft anzuziehen.



Spannend waren auch die Daten der Verkehrszählungen: Aus den erhobenen Verkehrsdaten geht hervor, dass sich die Befürchtungen hinsichtlich einer unzumutbaren Mehrbelastung im restlichen Viertel durch erhöhtes Verkehrsaufkommen nicht bestätigt haben. Im Gegenteil: Insgesamt hat der motorisierte Verkehr in Deutz abgenommen, die Unfallzahlen auf der Deutzer Freiheit haben sich halbiert.

Ein weiteres Mediations- und Beteiligungsverfahren schlägt die Stadtverwaltung nun zum weiteren Vorgehen vor, das aber in der vorliegenden Form aus Sicht der Bürgerinitiative unzureichend ist. Weder die Teilnehmer:innen noch die Gewichtung der Interessengruppen sind dabei klar definiert. Durch die vorgeschlagene Mediation wird die Verantwortung für den weiteren Fortschritt des Projekts von Verwaltung und Politik an die Bürger:innen abgegeben. Verzögerungen sowie Wiederholungen bisheriger Argumentationen sind zu befürchten.

Stattdessen schlägt die Bürgerinitiative gezielte Beratungsangebote für Gewerbetreibende vor, um mögliche Anpassungsschwierigkeiten abzufangen und neue Zielgruppen zu erschließen. Diese Beratungsangebote könnten auch in Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Interessenvertretung der Gewerbetreibenden koordiniert werden, die sich sehr intensiv in den öffentlichen Diskurs um die Fußgängerzone eingebracht hat.

Die Bürgerinitiative befürwortet eine Beteiligung von Nutzergruppen in Form von Workshops oder anderen Formaten, sofern die Verwaltung als Grundlage ein konkretes und rechtssicheres Konzept zur zukünftigen Verkehrsgestaltung der Deutzer Freiheit als Fußgängerzone vorlegt. Das Beteiligungsverfahren braucht klare Ziele und eine konkrete Zeitplanung sowie eine zeitliche Prognose für die Umsetzung einer autofreien Deutzer Freiheit.

Die Bürgerinitiative appelliert daher an die politischen Vertreter:innen in der BV, das von der Verwaltung vorgeschlagene unkonkrete Verfahren durch eigene konkrete Zielvorgaben zu ersetzen, die auch eine klare zeitliche Orientierung für die dauerhafte Umwidmung zur Fußgängerzone enthalten sollen.

Die Bürgerinitiative "Deutzer (Auto-)Freiheit" steht für weitere Informationen und Interviews zur Verfügung.

Kontakt zur Bürgerinitiative „Deutzer (Auto-)Freiheit

E-Mail: info@deutzautfrei.de

Website: <https://deutzautfrei.de/>

Social Media: <https://www.instagram.com/deutzautfrei>